



Abzocker stoppen – auch im Kanton Luzern!

Liebe Genossinnen und Genossen

Höchstwahrscheinlich kommt die 1:12-Initiative im Herbst vors Volk. Der Bundesrat hat noch nicht definitiv entschieden. Eventuell wird erst im November abgestimmt.

Die 1:12-Initiative wurde zwar von der JUSO lanciert. Doch nur wenn sich auch die Basis der SP im Abstimmungskampf voll und ganz engagiert, hat «1:12» eine Chance. Unser Budget wird mindestens 20 Mal kleiner sein als jenes unserer Gegner. Da wir kein Geld für eine teure Plakatkampagne haben, konzentrieren wir uns auf den direkten Kontakt mit den Menschen. Schweizweit wollen wir mit 1 000 000 Leuten über die 1:12-Initiative sprechen. Unsere Argumente sind klar:

Die 1:12-Initiative schafft gerechte Löhne.

Die 1:12-Initiative will, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat. Sie will deshalb in der Verfassung verankern, dass der tiefste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als zwölf Mal tiefer als der höchste sein darf. Dadurch wird verhindert, dass sich Abzocker-Manager immer mehr vom Kuchen unter den Nagel reissen und al-

len anderen Mitarbeiter/innen nur Brosamen bleiben. Mit der 1:12-Initiative werden den Manager-Gehältern Schranken gesetzt, damit die Löhne aller wieder steigen.

Die 1:12-Initiative stoppt Abzocker.

Trotz der Krise: Die Abzocker-Manager zahlen sich unverschämte Saläre und Millionen-Boni aus. Im Schnitt verdient ein Manager heute 4 Millionen oder 56 Mal mehr als ein/e normale/r Schweizer Arbeitnehmer/in! Dafür gehen sie unverantwortliche Risiken ein, für die wir dann mit tieferen Löhnen, unseren Jobs oder unseren Steuern gerade stehen müssen. Die 1:12-Initiative schiebt hier einen Riegel.

Die 1:12-Initiative lässt das Volk über die Spielregeln entscheiden.

Heute entscheiden die Abzocker alleine über die Löhne – und berücksichtigen dabei nur ihr eigenes Portemonnaie. Alle anderen müssen tatenlos zusehen und die Folgen ausbaden. Das ändert die 1:12-Initiative. Sie gibt dem Volk wieder das letzte Wort, um für faire Spielregeln zu sorgen.

Im Kanton Luzern hat sich bereits das Dachkomitee bestehend aus SP, Grünen und Gewerkschaften gebildet. Ganz wichtig ist es nun,

möglichst viele von euch, liebe SP-Mitglieder, in den Abstimmungskampf einzubinden.

Was könnt ihr tun?

5. Mai: Workshop-Tag in Luzern für alle UnterstützerInnen

Am Sonntag, dem 5. Mai, findet der «Mitmach-Workshop» für die Zentralschweiz statt. Alle, welche sich für die Ja-Kampagne einsetzen wollen, sind eingeladen! Vorkenntnisse braucht es keine, nur den Willen bei der Kampagne mitzuhelfen.

Falls Du Kampagnen-Ideen hast, ist dies der perfekte Ort diese einzubringen. Auch wir haben zahlreiche Vorschläge und brauchen 1:12-AktivistInnen, welche uns dabei unterstützen (Flyer-Verteilen, Kleinplakate in Gärten aufstellen, 1:12-Kulturkomitees organisieren, Postkarten schreiben, usw.).

Wir freuen uns auf Dich!

Wann: 5. Mai, ab 13.00 Uhr

Wo: Hotel Anker, Luzern

Anmelden: erwünscht, aber nicht zwingend, info@sp-luzern.ch

Workshop bei den SP-Sektionen

Wir bieten den Sektionen der SP Kanton Luzern an, Workshops zur 1:12-Initiative zu organisieren. Dabei besuchen ReferentInnen die Sektion und vermitteln einen vertieften Einblick in das Thema und in die Kampagne. Falls ihr auch einen Workshop mit eurer Sektion möchtet, meldet euch doch beim Sektionspräsidium oder direkt bei uns unter info@sp-luzern.ch

Aktiv werden

Meldet euch einfach bei uns, falls ihr aktiv werden möchtet, Ideen habt oder noch Ideen braucht, um «1:12» zum Sieg zu verhelfen!

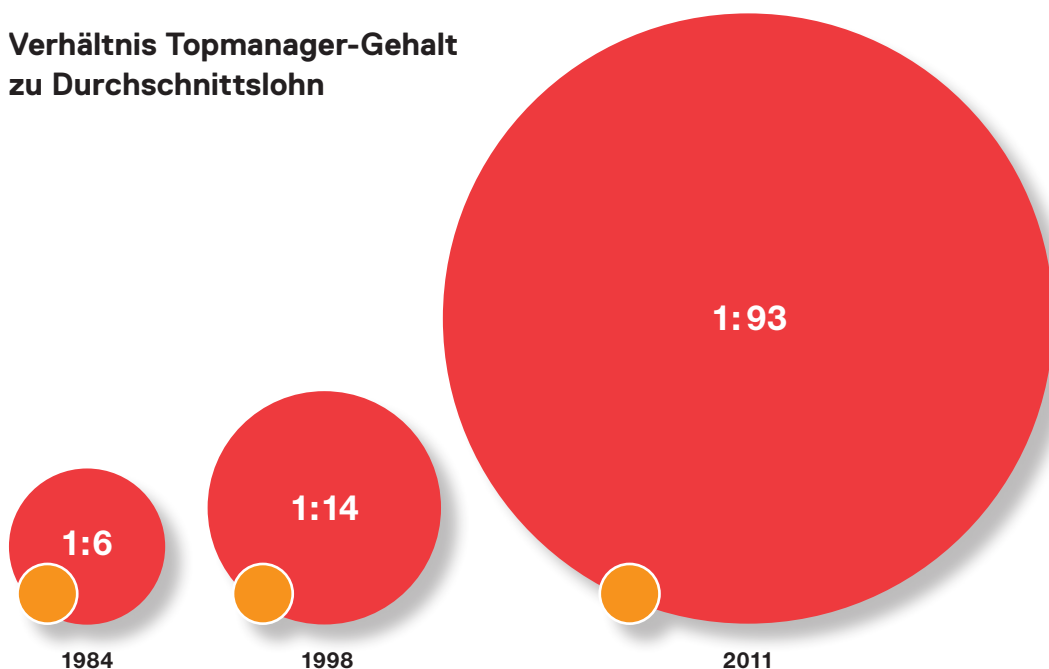
Abzocker stoppen – gerechte Löhne schaffen. Zusammen packen wir das!

Mit kämpferischen Grüßen

Sebastian Dissler,
Parteisekretär



Verhältnis Topmanager-Gehalt zu Durchschnittslohn



VORWURF AMTSGEHEIMNISVERLETZUNG

Simon Roth vollständig entlastet!

Nach einer Medienkampagne gegen Simon Roth und die SP Stadt Luzern betreffend den Vorwurf der Amtsgeheimnisverletzung hatte die Staatsanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet. Inzwischen ist das Strafverfahren eingestellt worden, weil es keinerlei Hinweise auf den Straftatbestand gibt. Die Partei und Simon Roth haben sich stets korrekt verhalten.



Simon Roth

Ende August 2012 wurden via Medien gegenüber Simon Roth und der SP der Stadt Luzern schwerwiegende Vorwürfe erhoben. Simon Roth wurde vorgeworfen, er hätte vertrauliche Informationen aus der Einbürgerungskommission (EBK) an die Parteileitung weitergeleitet, worauf die Parteileitung Druck auf das zweite EBK-Mitglied der SP ausgeübt habe.

Infolgedessen hat sich eine Mediendynamik ergeben, welche die SP als intransparente und undemokratische Partei darstellte. Simon Roth wurde aufgrund der tendenziösen und ungenauen Berichterstattung bereits medial vorverurteilt. Da es sich beim Vorwurf von Amtsgeheimnisverletzung um ein Offizialdelikt handelt, nahm die Staatsanwaltschaft Ende August 2012 Ermittlungen auf.

Wie die Staatsanwaltschaft des Kantons Luzern am 9. April 2013 mitteilte, wurde das Amtsgeheimnisverletzungs-Verfahren gegen Simon Roth eingestellt. Die Ermittlungen haben ergeben, dass es keinerlei Hinweise auf eine Amtsgeheimnisverletzung gibt. Damit sind die erhobenen Anschuldigungen gegenüber Simon Roth vollständig entkräftet worden.

Diesen Entscheid hat die SP erwartet und er stellt für die Beteiligten eine Genugtuung dar. Die SP hat immer beteuert, dass sich Simon Roth keine Amtsgeheimnisverletzung hat zuschulden kommen lassen. Mit dem Entscheid wird auch klar, dass sich Simon Roth und die SP jederzeit korrekt verhalten haben.

Die Angelegenheit stellte für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung dar. Für das

Partei- und Fraktionspräsidium stand ein für alle Beteiligten korrektes, faires und möglichst transparentes Verhalten im Vordergrund. Dies hat jedoch in bestimmten Situationen bedeutet, dass nicht detailliert informiert werden konnte. In der Partei hatte dies teilweise zu Fragen und Unsicherheiten geführt. Aufgrund des Schutzes der Privatsphäre aller Beteiligten war jedoch keine andere Kommunikation praktikabel.

Mit der Einstellung des Strafverfahrens gegen Simon Roth hat sich die Angelegenheit endgültig erledigt. Partei- und Fraktionspräsidium bedanken sich für das Verständnis und das uns entgegengebrachte Vertrauen. Vor allem danken sie aber Simon Roth, dass er sich in der äusserst unangenehmen Situation, in die er unverschuldet geriet, ruhig und besonnen verhielt.

Claudio Soldati, Präsident
SP Stadt Luzern
Dominik Durrer, Fraktions-
chef SP/JUSO-Fraktion



JUSO STADT LUZERN

Zwischennutzung statt Baulücke

Die Verschwendung von städtischem Boden stoppen – Sagt am 9. Juni Ja zur «Zwischennutzungsinitiative».

Die JUSO Stadt Luzern hat am 28. Dezember 2011 mit rund 1000 Unterschriften die Initiative «Zwischennutzung statt Baulücke» erfolgreich bei der Stadt Luzern eingereicht. Das Anliegen der Bevölkerung nach mehr Freiräumen für Gewerbe und Kultur findet in dieser Initiative seinen Ausdruck, denn in der Stadt Luzern herrscht Raumknappheit: Steigende Mieten für Kultur und Gewerbe führen in der Innenstadt zu einem Verdrängungsprozess. Damit verliert die Stadt Luzern nicht nur ihre Vielfalt, sondern sie verpasst es auch, ihr enormes Potential an Kreativarbeitenden und innovativem Kleingewerbe zu nutzen.

Der kulturelle Verdrängungsprozess ist definitiv keine Neuheit. Mit der Schliessung der Boa und dem Abriss des Frigorexareals sind wertvolle Freiräume verloren gegangen. Im Anschluss an diese Entwicklung haben sich verschiedenste Gruppierungen, u.a. die Aktion Freiraum, für neue Räumlichkeiten zu Gunsten



Einreichung der Initiative

der Alternativkultur eingesetzt. Auch die JUSO versucht seit Jahren dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Mit der Zwischennutzungsinitiative versucht man nun eine konstruktive Lösung zu finden. Es kann nicht sein, dass viele innovative Nutzungsideen von städtischem Grund in Luzern keinen Platz finden, weil gleichzeitig einige wenige mit ihrem Boden auf hohe Profite und Renditen spekulieren. Solchen schädlichen Geschäftsmodellen wirkt die Initiative entgegen und bewahrt die Lebendigkeit der Stadt. Zwischennutzungen sind zwar

vergänglich, die dort entstandenen Innovationen bleiben uns aber längerfristig erhalten.

Wie an den Beispielen «Neubad» und dem «La Fourmi» im ehemaligen «Hotel Anker» gezeigt werden kann, führen Zwischennutzungen zu attraktiven Angeboten für Wohnraum, Kultur und Gewerbe. Zugleich bieten sie Obdach für Vereine, Institutionen und andere Gruppierungen. Somit fördern diese die Nutzungsdurchmischung von Stadtteilen und Quartieren und schaffen Orte der Identität, Selbstverwirklichung und Innovation. All dies wirkt sich äusserst positiv auf die Lebensqualität in der Stadt Luzern aus. Ein Ja zur «Zwischennutzungs-Initiative» bedeutet eine Stärkung der kulturellen und wirtschaftlichen Diversität und der Innovationskraft der Stadt Luzern.



Thomas Moser, Vorstandsmitglied JUSO
Stadt Luzern

SP EMMEN

Zweites Kindergartenjahr – subito ...!

Am 9. Juni 2013 stimmt die Emmer Stimmbevölkerung über die von SP/Grünen eingereichte Initiative zur Einführung des zweiten, freiwilligen Kindergartenjahres ab.

Die Stimmbevölkerung des Kantons Luzern hat am 15. Mai 2011 mit grossem Mehr der Änderung des Volksschulbildungsgesetzes zugestimmt. Dieses verlangt, dass künftig alle Gemeinden zwei Kindergartenjahre anbieten müssen. Der Besuch des ersten Kindergartenjahres ist für die Kinder aber freiwillig.

Auch die Emmer Stimmbevölkerung hat dieser Vorlage zugestimmt. Geht es jedoch nach dem Gemeinderat, soll die Umsetzung dieses Entscheides erst zum spätestmöglichen Termin, nämlich auf das Schuljahr 2016/17 hin erfolgen. Dies, um die angespannte Finanzlage der Gemeinde nicht noch mehr zu strapazieren. Sparen, indem man den Kleinsten

eine Chance vorenthält? Sparen, indem man Eltern ein Angebot verweigert, das ihnen zusteht, ohne es aufwändig einfordern zu müssen? Ein unhaltbarer Zustand, fanden SP und Grüne und sammelten 2012 Unterschriften für eine Initiative, die die sofortige Einführung des zweiten Kindergartenjahres forderte. Mit über 600 Unterschriften kam das Volksbegehren zustande.

In der Diskussion im Einwohnerrat waren sich alle Parteien bis auf die SVP einig, dass ein zweites Kindergartenjahr pädagogisch wertvoll ist und die Standortattraktivität der Gemeinde Emmen fördert. Die Ablehnung wurde einzig mit dem Argument der fehlenden Finanzen begründet. Wer jedoch in die Bildung der Kleinsten investiert, leistet einen nachhaltigen Beitrag für die Zukunft. Die Frühförderung wirkt sich auf die soziale Integration wie auch auf den Spracherwerb positiv aus; ein Umstand, der für Emmen mit seinem ho-

hen Anteil an fremdsprachigen Familien nicht hoch genug gewichtet werden kann.

Das zusätzliche Kindergartenjahr bedeutet für die Gemeinde zwar Mehrausgaben. Diese Investition bringt Emmen als Wohn- und Wirtschaftsstandort aber einen merklichen Imagegewinn. Ausserdem reduzieren sich mittelfristig die Kosten im Schulbereich, weil Kinder, die zwei Kindergartenjahre besucht haben, nachweislich weniger Fördermassnahmen benötigen.

Deshalb ein überzeugtes Ja am 9. Juni zur sofortigen Einführung des zweiten Kindergartenjahres.

Karin Saturnino, Einwohnerrätin SP



SP ADLIGENSWIL

Erfolgreiche SP-Petition

Die SP Adligenswil reichte beim Gemeinderat Adligenswil eine Petition mit über 220 Unterschriften für eine bezahlbare Kinderbetreuung ein. Ziel der SP-Petition sind abgestufte Tarife, die sich dem Niveau der umliegenden Gemeinden annähern.

Die seit August 2012 geltenden neuen Tarife der schul- und familienergänzenden Betreuungsangebote und der Tageseltern in Adligenswil waren verglichen mit der Stadt Luzern und sämtlichen umliegenden Gemeinden um einiges höher. Zudem wurden bereits ab einem steuerbaren Einkommen von 45 000 Franken die Volltarife belastet. Bei den umliegenden Gemeinden werden abgestufte Tarife bei steuerbaren Einkommen bis 90 000 oder 100 000 Franken gewährt. Geschwisterrabatte, normalerweise auf 20 Prozent angesetzt, wurden in Adligenswil gänzlich gestrichen. Betroffene Adligenswilerinnen und Adligenswiler waren sehr besorgt über diese neue Entwicklung und fanden die Tarifgestaltung des Gemeinderates schwer verständlich. Mittlere und untere Einkommen konnten sich das Angebot kaum leisten. Hier sah die SP im Spätsommer 2012 dringend Handlungsbedarf und entschied sich deshalb, eine Petition zu starten. Da die

Tarife in einem Reglement des Gemeinderates festgehalten sind, musste der Umweg über die Petition und einen anschliessenden Budgetantrag gegangen werden.

Die SP Adligenswil war überzeugt, mit diesem Anliegen einen wichtigen Schritt für die Zukunft der Gemeinde Adligenswil als familienfreundliches Dorf zu machen. Diverse Studien haben aufgezeigt, dass jeder eingesetzte Franken in der familienergänzenden Betreu-

ung mit Fr. 1.50 bis 1.80 wieder in die Gemeinden zurückfliesst. Dies wird möglich durch geringere Ausgaben in der Sozialhilfe und höhere Steuereinnahmen von Doppelverdienenden. Deshalb ist der Tarifentscheid des Gemeinderates auch aus finanzieller Sicht nicht nachvollziehbar. Adligenswil verfügt über eine professionelle Tageselternvermittlung mit hoch motivierten Tageseltern. Das neue Angebot der schul- und familienergänzenden Betreuung ist gut gestartet. Diese wichtigen Angebote sollten nicht an der Tarifstruktur scheitern.

Am 27. November 2012 stellte die SP Adligenswil an der Gemeindeversammlung den Antrag, das Budget 2013 mit zusätzlich 40 000 Franken zu belasten, um die Tarifstruktur einkommensabhängig abzustufen zu können. Durch die aktive Lobbyarbeit im Vorfeld der Gemeindeversammlung und eine Einladung an alle Petitionärinnen und Petitionäre, sich aktiv an der Gemeindeversammlung zu beteiligen, konnten die Anträge der SP gegen den Willen des Gemeinderates durchgesetzt werden.

NEUER VORSTAND

Die SP Adligenswil durfte an der GV vom 26. März 2013 einen neuen Vorstand wählen:
Präsidentin: **Silvie Grünwald-Odermatt**
PR/Neumitglieder: **Marlene Odermatt-Gemperli**
GR-Mitglied: **Pascal Ludin**
Administration: **Irma Kerbler**
Kasse: **Rolf Widmer**
Jörg Meyer wurde nach 10 Jahren im Vorstand der SP Adligenswil, zuletzt in der Funktion des Vizepräsidenten, würdig verabschiedet. Jörg hat die politischen Auftritte und die Arbeit der SP Adligenswil in den vergangenen Jahren massgeblich geprägt. Pascal Ludin gab das Präsidium nach seiner Wahl an Silvie Grünwald-Odermatt ab und wird weiterhin im Vorstand mitarbeiten.

Silvie Grünwald-Odermatt, Präsidentin SP Adligenswil



1.-Mai-Feier auf dem Kapellplatz Luzern

ab 11.00 – 22.00 Uhr **Festzelt** mit Essen und Trinken
 17.00 Uhr **1. Mai Demonstrationszug** durch die Stadt
 18.00 Uhr **Ansprache** von Regierungsrätin Yvonne Schärli
 18.30 – 22.00 Uhr Diverse **Konzerte** auf der Bühne
 Das ganze Programm und mehr Informationen: www.lgb-luzern.ch

Luzerner 1. Mai-Komitee: Luzerner Gewerkschaftsbund, Grüne, SAH Zentralschweiz, SP, Syndicom, Unia, vpod, Junge Grüne, Juso, Second@s Plus

Druck: Gegenruck GmbH, Luzern

AGENDA

APRIL

Dienstag, 30. April, 19.15 Uhr
Delegiertenversammlung

MAI

Mittwoch, 1. Mai
Tag der Arbeit, ab 11 Uhr auf dem Kapellplatz, Luzern

Sonntag, 5. Mai
Workshop: 1:12-Kampagne in der Zentralschweiz, ab 13 Uhr, Hotel Anker, Luzern

JUNI

Montag, 3. Juni
Sessionsbesuch, Anmeldungen noch möglich: info@sp-luzern.ch

Sonntag, 9. Juni
Abstimmungen

Montag, 24. Juni
3. Berner Suppe mit Prisca Birrer-Heimo, 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Ruswil

AUGUST

Dienstag, 20. August, 19.15 Uhr
Delegiertenversammlung

OKTOBER

Dienstag, 15. Oktober, 19.15 Uhr
Delegiertenversammlung

ÖFFENTLICHE DELEGIERTEN-VERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen
 Ihr seid alle herzlich eingeladen der nächsten Delegiertenversammlung der SP Kanton Luzern beizuwohnen.
 Diese findet am **30. April 2013**, um **19.15 Uhr** im **Hotel Anker in Luzern** statt.

Traktanden

1. Begrüssung/ Rede der Präsidentin **Felicitas Zopfi**
2. Referat **Jean-François Steiert**, Nationalrat SP, Freiburg
 In den letzten Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie im Kanton Freiburg einen bemerkenswerten Aufstieg geschafft. Die Ausgangslage ist dieselbe wie im Kanton Luzern: ländlich, katholisch, konservativ. Heute ist die SP in Freiburg die stärkste Partei und sogar im Ständerat vertreten. Jean-François wird uns über die Arbeit der SP Freiburg berichten und mit uns diskutieren, wie die SP in Luzern diesen Erfolg «kopieren» könnte.
3. **Nationale und kantonale Abstimmungen vom 9. Juni 2013**
 - Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»
 Referat: **Dr. Nenad Stojanovic**, Kantonsrat SP Tessin, Politikwissenschaftler
 Nenad forscht an verschiedenen Universitäten in den Bereichen Demokratie und Volkswahlen.
 - Referendum zur Asylgesetz-Revision
 Referat: **Hasan Candan**, Kantonsrat, Präsident JUSO Kanton Luzern
 - Volksinitiative «Für freie Ladenöffnungszeiten»
4. **Volksinitiative 1:12** – Vorstellung der Luzerner Kampagne durch **Sebastian Dissler**, Parteisekretär

IMPRESSUM

Herausgeberin

SP Kanton Luzern
 Theaterstrasse 7
 6003 Luzern
 T 041 311 05 85, F 041 311 05 86
info@sp-luzern.ch
www.sp-luzern.ch

Redaktion

Sebastian Dissler
 Benedikt Koller